

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 273-2015
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.1095

Eingereicht am: 16.11.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt: Nein

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Was sind die Gründe für den massiven Anstieg der Kosten für wirtschaftliche Sozialhilfe?

Im Geschäftsbericht 2005 betrugen die Kosten im Bereich «4.1.12 Angebote zur sozialen Existenzsicherung» noch 224,5 Millionen Franken (Deckungsbeitrag IV). Im Geschäftsbericht 2014 fielen im gleichen Budgetposten bereits 318 Millionen Kosten an. Das ist ein Wachstum von 93,5 Millionen oder 41 Prozent binnen 10 Jahren.

Das massive Ausgabenwachstum im Bereich wirtschaftliche Sozialhilfe belastet nicht nur den Kanton, der 50 Prozent der Kosten trägt. Auch die Rechnungen der Gemeinden werden gemäss momentan gültigem Finanz- und Lastenausgleich mit 50 Prozent der Kosten belastet. Dies, ohne dass die Gemeinden durch verantwortungsvolles Umgehen mit den Finanzen in ihren Sozialdiensten wegen der rein solidarischen Kostenverteilung ihre Kosten signifikant verändern könnten. Gemäss Voranschlag 2016 werden im Kanton Bern rund 50 000 Menschen von der Sozialhilfe unterstützt.

Auch im Voranschlag 2016 und im Finanzplan bis 2019 ist erneut ein massives Wachstum der wirtschaftlichen Sozialhilfe vorgesehen. Und gegenüber dem ohnehin schon eingeplanten Wachstum soll das Budget noch einmal zusätzlich um knapp 20 Millionen aufgestockt werden. Im Kommentar fürs Budget 2016 (Seite 197) wird zudem darauf hingewiesen, dass es durch eine

Zunahme des Bestands an anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen noch einmal zu erheblichen Mehraufwänden kommen könnte.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Auf welche Faktoren ist das massive Wachstum von 41 Prozent im Bereich der sozialen Existenzsicherung in den Jahren 2005-2014 zurückzuführen?
2. Im Kommentar zum Voranschlag 2016 ist von aktuell rund 50 000 sozialhilfeabhängigen Menschen im ganzen Kanton Bern die Rede. Wie hoch war die Zahl der Sozialhilfeempfänger jeweils in den Jahren 2005-2014 (bitte Zahl pro Jahr auflisten)?
3. Wie haben sich die Kosten pro Fall im besagten Zeitraum von 2005 bis 2014 entwickelt?
4. Wie hat sich der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in besagtem Zeitraum entwickelt?
5. Wie hat sich namentlich der Anteil der Sozialhilfeempfänger, die über ein Asylverfahren in die Schweiz gekommen sind, zwischen 2005 und 2014 entwickelt?
6. Wie viele Personen, die durch ein Asylverfahren in die Schweiz gekommen sind, erhielten 2014 wirtschaftliche Sozialhilfe?
7. Welcher Anteil am Kostenwachstum für wirtschaftliche Sozialhilfe im Voranschlag 2016 ist auf gestiegene Kosten von Personen aus dem Asylprozess zurückzuführen?
8. Mit welchen Massnahmen könnte das massive Kostenwachstum im Bereich der wirtschaftlichen Sozialhilfe allenfalls gebremst werden?
9. Wie erklärt sich der Regierungsrat, dass Gemeinden mit zumindest ähnlichen soziodemographischen Strukturen bzw. nebeneinander liegende Gemeinden teilweise massive Unterschiede hinsichtlich Kosten und Anzahl der Sozialhilfeempfänger aufweisen (erhebliche Unterschiede bestehen z. B. zwischen Köniz und Bern sowie zwischen Pieterlen, Aarberg und Brugg)?
10. Wird von der Möglichkeit der Einstellung der wirtschaftlichen Hilfe wegen Verweigerung des Antritts eines Testarbeitsplatzes (TAP), welche gemäss der Rechtsprechung jedenfalls für diejenige Dauer zulässig ist, während welcher der Ansprecher durch die mit dem TAP verbundene Arbeitstätigkeit tatsächlich für sich selber hätte aufkommen können, heute flächendeckend Gebrauch gemacht (vgl. BVR 2013 S. 463; BGE 139 I 218)?
12. Hat der Regierungsrat bereits Massnahmen eingeleitet, um das massive Ausgabenwachstum im Bereich der wirtschaftlichen Sozialhilfe in den Griff zu bekommen?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat